



PRESSEMITTEILUNG zum **Bundesverkehrswegeplan (BVWP)**

Die GRÜNEN im Landkreis Neustadt/Aisch – Bad Windsheim haben im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bundesverkehrswegeplan gemeinsam Vorschläge zur Verbesserung der Gesamtverkehrssituation erarbeitet:

Um die hoch gesteckten Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens und der Bundesregierung zur CO₂-Minderung zu erreichen (und das ist lebensnotwendig!), muss deutlich mehr Verkehr von der Straße auf die **Schiene** verlegt werden. Dies erfordert erheblich mehr Haushaltsmittel für die Schiene, als es der Entwurf des BVWP bis 2030 vorsieht.

Dabei ist auch die Leistungsfähigkeit der **Bahnlinie Würzburg – Nürnberg** für den Güterverkehr, besonders aber für den Personenverkehr zu verbessern. Die unbedingt anzustrebende erhebliche Steigerung im Personenverkehr wird man nicht allein durch den dreigleisigen Ausbau der Strecke Siegelsdorf – Fürth erreichen, der zu Recht im „Vordringlichen Bedarf mit Engpassbeseitigung“ des BVWP auftaucht. Zusätzlich müsste Güterschwerverkehr der Verbindung Hamburg/Bremen über Nürnberg nach Osteuropa und in den Balkanraum auf östlichere Bahntrassen, z.B. über Leipzig (was einen Ausbau der Linie Hof-Regensburg erforderte), Berlin oder Polen, verlegt werden.

Außerdem müssen u.E. zusätzliche Ausweichgleise zwischen Siegelsdorf und Kitzingen gebaut werden, um die außerplanmäßigen Halte des **Nahverkehrs** zu verringern, den **Haltepunkt Langenfeld** wieder einrichten zu können und ein **drittes Fahrtenpaar pro Stunde zwischen Nürnberg und Neustadt** (falls der Platz für eine S-Bahn nicht gegeben ist) zu realisieren. Letzteres würde auch ermöglichen, dass die **Fahrzeit** für die Zugverbindung von **Steinach über Bad Windsheim und Neustadt nach Nürnberg** (nach Ertüchtigung des Gleiskörpers zwischen Steinach und Neustadt) deutlich **verkürzt** werden kann.

Das Gesamtprojekt muss eine **Entlastung der B8** in der Region Neustadt bewirken, was u.a. eine deutliche Reduktion der Abgasemissionen zur Folge hätte. Insgesamt sollte die Verkehrsplanung durch den BVWP mit dem bereits begonnenen 6-spurigen Ausbau der A3 und der Kapazitätssteigerung der Schiene zwischen Würzburg und Nürnberg dazu führen, dass in Neustadt der **Neubau einer Nordumgehung** vom ‚Frankenbrunnen‘-Kreisel über den ‚Stübacher Berg‘ durch den Wald hinter Diebach vorbei **entfallen** kann. Werden die entsprechenden Rahmenbedingungen in Zukunft

richtig gesetzt, ist die **Entlastung** der Ortsdurchfahrt Diebach und der Einfallstraße in Riedfeld auch **ohne Umgehung möglich**. Die Berechnungen im BVWP beziehen nämlich die schon beschlossenen Maßnahmen (**Ausbau A3** und **Mautgebühr ab 2018** für Bundesstraßen) und den Schienenausbau nicht oder zu wenig ein.

Wegen einer langen **Brücke über das Aischtal** (Höhenlage) und durch die Bergfahrt (60 m Höhenunterschied) nach der Aischquerung würden die Fahrzeuge mehr Lärm erzeugen als üblich und dieser würde weit verteilt. Davon wären vor allem **Diespeck** und der Siedlungsbereich um das Krankenhaus sowie natürlich dieses selbst betroffen. Der **Lärm** auf der Höhentrasse würde deutlich im ganzen Stadtgebiet Neustadt, aber auch ins Aischtal hinein zu hören sein. Besonders stark belastet würden die Aussiedlerhöfe auf dem **„Stübacher Berg“** sowie diejenigen BürgerInnen, die bereits seit Jahrzehnten am nördlichen Stadtrand fast auf Trassenhöhe wohnen.

Die geplante Umgehung führt durch ein unzerschnittenes, verkehrsarmes Gebiet, das vielen BürgerInnen als Naherholungsraum dient. Die deutliche Beeinträchtigung sowohl durch Lärm als auch durch die Riegelwirkung ist für uns GRÜNE ebenso wenig hinnehmbar wie der Verlust an Naturraum und landwirtschaftlichen Flächen. Außerdem schneidet die geplante Trasse ein Einzugsgebiet für Neustädter Trinkwasser. Mit erhöhtem Schadstoffeintrag wäre zu rechnen.

Allein die hohe Umweltbeeinträchtigung verbietet diese Umgehung – aber es wäre auch ein Schildbürgerstreich sondergleichen, würde man durch einen Ausbau der B8 Verkehr von der Autobahn A3 (die B8-Verbindung von Nürnberg nach Würzburg ist kürzer und wäre dann schneller als über die A3) und der Schiene abziehen. Die Neustädter Stadtratsfraktion, unterstützt von den GRÜNEN im Landkreis, spricht sich deshalb vehement gegen die Trasse Stübacher Berg aus.

Im westlichen Landkreis muss unbedingt für eine Entlastung der Anwohner entlang der **B13** zu sorgen und zwar ‚vordringlich‘ und nicht, wie geplant, in frühestens 30 Jahren. Allerdings sehen wir zumindest für **Gollhofen, Uffenheim und Rudolzhofen** eine **Alternative zum Bau einer Umgehung**, welche ja immer auch hohe Kosten, eine unnötige Umweltbelastung durch Versiegelung sowie den Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Flächen beinhaltet:

Die in diesem Bereich nahezu parallel zur B13 verlaufende **A7** könnte endlich zur Hauptroute für Lkw gemacht werden, indem die **(Maut-) Ausweichstrecke B13** zumindest zwischen den Autobahn-Anschlussstellen Gollhofen und Uffenheim/Langensteinach als Staats- oder Kreisstraße geführt wird, von der man dann den Schwerlastverkehr verbannen könnte. Das kurze Verbindungsstück zwischen Neuherberg und der Anschlussstelle Langensteinach müsste in diesem Fall dann der B13 zugeordnet werden. Die von uns vorgeschlagene Maßnahme wäre sofort und kostengünstig zu verwirklichen und bewahrte eines unserer wichtigsten Güter, die

immer weniger werdenden freien Flächen. Gerade darauf verweist auch der Bundesumweltrat, der in seinem heute vorgelegten Umweltjahresbericht auch den Bundesverkehrswegeplan kritisiert.

Wenn wir den Bau von Umgehungen entlang von Bundesstraßen unterstützen, nehmen wir in Kauf, dass diese zu ‚Ersatzautobahnen‘ ausgebaut werden, wie es z.B. im Fall der **B470** zu befürchten ist, die A3 und A7/A6 künftig noch schneller miteinander verbinden soll. Nicht weniger, sondern mehr Belastung für Anwohnerschaft und Natur wird die Folge sein! Besonders im Fall von **Lenkersheim** können wir die Nöte der Ortsansässigen jedoch sehr gut nachvollziehen, stößt doch dort die von Fürth/Langenzenn/Markt Erlbach kommende Staatsstraße auf die B470. Wir schlagen fürs Erste vor, eine neue ‚**Flüsterasphalt**‘-decke aufzubringen und vor allem eine Geschwindigkeitsbegrenzung einzuführen, nämlich **Tempo 30**. Von anderen Gemeinden weiß man, dass diese Maßnahmen, evtl. verbunden mit der Förderung des Einbaus von Schallschutzfenstern, das subjektive Lärmempfinden der AnwohnerInnen um ca. 50% verringern. Der hohe Lärmpegel und eine fehlende Abtrennung zwischen Hauptstraße und ‚Dorfplatz‘ könnten diese Maßnahme möglich machen, obwohl es sich um eine Bundesstraße handelt. Anreize zum Kauf von **Elektroautos**, insbesondere hohe Investitionen in ein flächendeckendes Netz von **Schnellladestationen** entlang vielbefahrener Straßen, sind eine weitere GRÜNE Forderung zur Verringerung der Lärmbelastung. Und mit Wasserstoff betriebene und dadurch leisere Lkw könnten in Zukunft zusätzliche Entlastung bringen. Die Maut für Lkw wird im Übrigen auch den Schwerlastverkehr auf der B 470 ab 2018 reduzieren bzw. dessen anscheinend unabwendbare Zunahme zumindest abfangen.

Zum Schluss wollen wir hervorheben, dass fast alle Verkehrsexperten als wirksamste Methode zur Verhinderung des Verkehrsinfarkts einen an den Bedürfnissen aller NutzerInnen orientierten Ausbau des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (**ÖPNV**) sehen – auch und gerade auf dem Land. Dass dies möglich ist, wenn deutlich mehr Geld in die (öffentliche) Hand genommen wird, machen unsere Nachbarinnen und Nachbarn in Österreich und der Schweiz vor.

Gutenstetten, im Mai 2016

Für den Arbeitskreis ‚Verkehr‘ im **Kreisverband der GRÜNEN**:

Martin Bauer, Bad Windsheim; Günther Leidenberger, Neustadt; Jochen Rückert, Geckenheim; Barbara Schwörer-Willis, Gutenstetten, Michael Vollath, Markt Erlbach
Barbara Schwörer-Willis, Fraktionssprecherin im Kreistag,
Monika Gaubitz, Fraktionssprecherin im Stadtrat Neustadt,
Ruth Halbritter, Stadträtin in Uffenheim
Ulrike Taukert, Kreisvorsitzende